



---

## Aktueller Begriff - Europa

### Die Beziehungen der EU mit Russland

---

Ein außenpolitisches Schwerpunktthema der polnischen Ratspräsidentschaft ist die Zusammenarbeit der Europäischen Union (EU) mit Russland. Die **Prioritäten der Zusammenarbeit mit Russland** werden bei dem **Zweiten Alljährlichen Forum der EU-Strategie für den Ostseeraum vom 24. bis 26. Oktober 2011 in Danzig** beraten.

Die Beziehungen der EU mit Russland gründen auf dem am 1. Dezember 1997 in Kraft getretenen **Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)**. Das PKA dient der Förderung des politischen Dialogs, des Handels, von Investitionen sowie der sozialen, finanziellen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland. Eine Intensivierung der Beziehungen konnte auf dem 11. EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg im Mai 2003 durch die Einführung von vier **gemeinsamen Räumen (common spaces)** erreicht werden: einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, einem gemeinsamen Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht, einem gemeinsamen Raum für Äußere Sicherheit und einem gemeinsamen Raum für Forschung, Bildung und Kultur. Seit Juli 2008 werden Verhandlungen über ein die Beziehungen der EU zu Russland vertiefendes Nachfolgeabkommen des PKA geführt. Das **neue EU-Russland-Abkommen** soll insbesondere im Bereich der Energiepolitik für mehr Rechtssicherheit sorgen.

Auf dem 25. EU-Russland-Gipfel am 31. Mai und 1. Juni 2010 in Rostow am Don konnten sich beide Seiten mit der **Partnerschaft für Modernisierung** auf einen wichtigen Zwischenschritt in Richtung eines neuen EU-Russland-Abkommens verständigen.

Bei der Partnerschaft für Modernisierung handelt es sich um eine gemeinsame Agenda zur **Erneuerung der Wirtschaft und Gesellschaft Russlands ausgerichtet an den Leitzielen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**. Die Notwendigkeit einer solchen Partnerschaft ergibt sich nicht nur aus der geopolitischen Schlüsselrolle Russlands, sondern auch aus seiner Funktion als Garant für Stabilität und Sicherheit für seine unmittelbaren Nachbarstaaten. Der Begriff Modernisierung wird von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Während die EU an einer möglichst breit angelegten Modernisierung Russlands interessiert ist, verbindet Russland damit den Austausch von Technologie und Auslandsinvestitionen. Russland erwartet hiervon neben einer Modernisierung seiner Volkswirtschaft ein größeres außenpolitisches Gewicht. Die EU erwartet von Russland die Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog in den Bereichen Korruption, Kriminalität und Bürokratie. Die EU strebt mehr Transparenz des politischen und wirtschaftlichen System Russlands an. Zentrales Thema der Partnerschaft für Modernisierung ist die **Energieversorgung**. Weitere Kernthemen der EU-Russland-Beziehungen sind der **Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO)** und das **Reisen in die EU ohne Visaerfordernis**. Auf dem 26. EU-

---

Nr. 10/11 (26. Oktober 2011)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Russland-Gipfel am 7. Dezember 2010 in Brüssel strebten beide Seiten Fortschritte ihrer Beziehungen auf Grundlage eines neuen EU-Russland-Abkommens an. Die Partnerschaft für Modernisierung wurde inhaltlich durch einen gemeinsamen Arbeitsplan von Vertretern der EU und Russlands konkretisiert. In diesem Jahr standen die Beziehungen zwischen Russland und der EU bereits vor besonderen Herausforderungen. Einerseits weigerte sich Russland, die Konsequenzen des dritten Pakets zur Liberalisierung des EU-Energiemarktes zu akzeptieren und gab andererseits auf dem 27. EU-Russland-Gipfel im Juni 2011 in Nizhny Novgorod im Lichte der EHEC-Krise in Deutschland den Einfuhrstopp einiger Lebensmittel aus der EU bekannt. Erfolgreicher verliefen hingegen die Verhandlungen über Visaerleichterungen. Im Bereich der nuklearen Sicherheit konnten sich beide Seiten auf Stresstests verständigen, wobei die EU im Rahmen des baltischen Nuklearprojektes die Notwendigkeit von Umwelt- und Sicherheitsbewertungen betonte.

Im Rahmen der **Energieversorgung** strebt die EU rechtlich verbindliche Vereinbarungen mit Russland vor allem hinsichtlich der Gaspipelines Nord Stream und Süd Stream an. Aufgrund des hohen Energiebedarfs der EU und der bestehenden Transitproblematik erfreut sich das Projekt Nabucco-Pipeline als vom bisherigen Transitweg unabhängig machende Alternative zunehmender Beliebtheit bei den EU-Mitgliedstaaten. Das Ziel der EU, einen gemeinsamen europäischen Gasmarkt zu etablieren, erfordert eine sichere Rechtsgrundlage, die nur im Konsens mit den Transit- und den Erzeugerstaaten geschaffen werden kann. Nachdem Russland den Energiecharta-Vertrag im Jahre 2009 abgelehnt hatte, ist das europäische Wettbewerbsrecht derzeit der einzige bestehende Ordnungsrahmen für einen gemeinsamen Gasmarkt. Als mögliche Verbesserungen in diesem Bereich werden die Einführung eines Energiefrühwarnsystems in Verbindung mit Vereinbarungen der EU mit den Transit- und Erzeugerstaaten vorgeschlagen.

Am 7. Mai 2009 gründeten bei einem Gipfel in Prag die EU-Mitgliedstaaten mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine die „**Östliche Partnerschaft**“. Es handelt sich dabei um eine **spezifische östliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik**, welche die Annäherung der östlichen Nachbarstaaten an die EU fördern soll. Vornehmlich sollen in diesem Rahmen die notwendigen Grundlagen für die Beschleunigung der politischen und wirtschaftlichen Integration geschaffen werden. Den anfänglichen Vorbehalten Russlands wurde mit der Überwachungsmission (EUMM) in Georgien und mit der Förderung der regionalen Entwicklung durch die EU begegnet.

Die EU steht vor der Herausforderung, ihre Nachbarschaftspolitik mit Russland darauf auszurichten, die regionale Stabilität zu wahren. Grundlage hierfür sollen multilaterale Initiativen auf Basis der Modernisierungspartnerschaft sein. Fortschritte bei der Bewältigung des Moldau-Transnistrien-Konfliktes sind momentan wegen russischer Bedenken bezüglich des politischen Status Transnistriens nicht zu erkennen. Auch zur Frage der Anerkennung der Republik Berg-Karabach (Nagorno-Karabakh) sowie der territorialen Konflikte in Georgien konnte zwischen der EU und Russland kein Konsens erzielt werden. Premierminister Putin verfolgt unterdessen das Ziel, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum auf dem Gebiet der früheren UdSSR, die Eurasische Union, nach dem Vorbild der EU zu schaffen.

#### Literatur:

- Avere, Derek (2011): EU-Russia Relations and the shared neighbourhood: an overview. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Stewart, Susan: Wenn Russland schwächer wird. Gravierende Folgen für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. SWP-Aktuell 2011/A42, September 2011, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Joint Statement on the Partnership for Modernisation. EU-Russia Summit. 31 May-1 June 2010.  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf) (Zugriff 28.09.2011)